

## **Wahlprüfstein des Rostocker Friedensbündnis**

### **Antworten Bündnis 90/ Die Grünen**

#### **1. Werden Sie auf eine Grundgesetzänderung hinwirken, durch die Atomwaffen verboten werden?**

Wir GRÜNE wollen den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und kämpfen für Global Zero, für eine Welt ohne Atomwaffen – deshalb streiten wir für eine Nuklearwaffenkonvention, um Atomwaffen völkerrechtlich zu ächten. Um die weitere Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern, setzen wir uns dafür ein, dass auch die Verbreitung der zivilen Nutzung der Atomtechnologie gestoppt wird. Je mehr Staaten den nuklearen Brennstoffkreislauf beherrschen, desto mehr Staaten können auch Atombomben bauen. Deshalb streben wir eine Anpassung des Atomwaffensperrvertrags an und wollen Hermes-Bürgschaften für AKW-Projekte im Ausland verbieten.

#### **2. Welche Vorschläge hat Ihre Partei, wie die für die Aufrüstung der Bundeswehr geplanten Mittel für kommunale und soziale Zwecke genutzt werden könnten?**

Wer wichtige Zukunftsprojekte finanzieren und öffentliche Haushalte solide aufstellen will, muss Prioritäten setzen. Auf Bundesebene streiten wir GRÜNE für den Verzicht auf teure und unsinnige Rüstungsprojekte. Mit den dadurch frei werdenden Mitteln würden wir gezielt auf eine funktionierende öffentliche Infrastruktur, eine gut ausgebildete Bevölkerung und ein funktionierendes Gemeinwesen hinarbeiten. Aktive Politik vor Ort gelingt nur mit Kommunen, die nicht durch Überschuldung und zu geringe Finanzkraft ihrer Handlungsfähigkeit beraubt sind. Deshalb setzen wir GRÜNE auf Landesebene uns für eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung der Kommunen in unserem Land ein. Nötig hierfür ist ein Finanzausgleich, der den unterschiedlichen Anforderungen aller Gemeinden, Städte und Landkreise gerecht wird und einen wirklichen Beitrag zum Erhalt und zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung leistet. Diesen Anforderungen wird der bestehende Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen nicht gerecht. Er muss überarbeitet und die Stadt-Umland-Umlage neu geregelt werden, um endlich einen angemessenen und verlässlichen Finanzausgleich sicherzustellen.

#### **3. Welchen Standpunkt vertritt Ihre Partei zum Einsatz der Bundeswehr im Innern?**

Es gehört zu den Kennzeichen schlechter Sicherheitspolitik, autoritäres Auftreten und martialisches Gehabe als Lösungen für Probleme anzupreisen. Forderungen, die Bundeswehr zur Terrorismusbekämpfung einzusetzen, fallen genau in diese Kategorie fehlgeleiteter Symbolpolitik. Die Bundeswehr ist keine Hilfspolizei. Originäre Polizeiaufgaben wie die Terrorismusbekämpfung müssen Sache von gut ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten bleiben. Bundeswehreinsätze im Innern schließt das Grundgesetz hier zu Recht grundsätzlich aus. Eine Vermischung der Tätigkeiten von Bundeswehr und Polizei und ihrer jeweiligen Aufgaben lehnen wir GRÜNE ab. Aufgrund eines nochmal erhöhten Abstimmungsbedarfs kann es im Ernstfall zu unklaren Zuständigkeiten und letztendlich weniger Sicherheit kommen. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Trennung von Polizei und Militär sind auch eine direkte Lehre aus der deutschen Geschichte.

#### **4. Was werden Sie tun, um die Bundeswehr aus Bildungseinrichtungen herauszuhalten?**

Wir GRÜNE setzen uns für eine Aufhebung der seit dem 13.07.2010 bestehenden

Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem Wehrbereichskommando I Küste

der Bundeswehr zur politischen Bildung in der Schule ein. Das hat die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit ihrem Antrag „Keine Bevorzugung der Bundeswehr an Schulen und eine breite politische Bildungsarbeit (Beutelsbacher Konsens) gewährleisten“ (Drs. 6/562) deutlich gemacht. In dem Antrag wurde die Landesregierung außerdem dazu aufgefordert, auf Grundlage des „Beutelsbacher Konsenses“ an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern eine umfassende politische Bildung zu gewährleisten und dabei auf gleichberechtigter Ebene mit den unterschiedlichen demokratischen Institutionen wie etwa Kirchen, Friedensorganisationen, Bundeswehr oder demokratischen Stiftungen zu kooperieren, ohne die Kooperation mit einer einzelnen Institution hervorzuheben. Wir werden dieses Anliegen trotz der Ablehnung des Antrages im Landtag weiter verfolgen.

#### **5. Was werden Sie tun, um die Bundeswehr aus Sportvereinen herauszuhalten?**

Manche Sportvereine nehmen für sich in Anspruch, „Schulen der Demokratie“ zu sein. Das ist aus GRÜNER Sicht grundsätzlich zu begrüßen. Sobald aber ein Sportverein im Bereich der politischen Bildung tätig wird, gilt für ihn selbstverständlich auch der Beutelsbacher Konsens mit seinem Indoktrinationsverbot sowie den Geboten der Kontroversität und der Schülerorientierung. Etwaige Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr müssten auf ihre Vereinbarkeit mit dem Beutelsbacher Konsens überprüft werden.